

Presseschau der britischen Botschaft in den Niederlanden (3. und 5. Juni 1950)

Legende: Am 3. und 5. Juni 1950 erläutert die britische Botschaft in den Niederlanden in einer Presseschau die Haltung des Vereinigten Königreichs zum Schumanplan.

Quelle: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam. Johannes Marten Den Uyl (1919-1987) 1927-1987. Directeur van de Wiardi Beckmann Stichting (1949-1962). Stukken betreffende het Plan-Schuman. 1950-1951, 1953-1956, 1960., 988.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/presseschau_der_britischen_botschaft_in_den_niederlanden_3_und_5_juni_1950-de-26b5aa74-a3e6-488b-93af-fbb5c24719b3.html



Publication date: 05/07/2016

Der Schuman-Plan: die offizielle Haltung Großbritanniens

Hintergrundvermerk Nr. 109

Pressestimmen

Die nationale Presse in Großbritannien unterstützt im Großen und Ganzen die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Schuman-Plan und vertritt die Meinung, dass es für jede Regierung, gleich welcher Couleur, unmöglich gewesen wäre, sich auf ein Vorhaben einzulassen, dessen praktische Auswirkungen noch nicht ausgelotet sind.

Besonders zwei Leitartikel, einer aus der *Times*, der andere aus dem *Manchester Guardian*, beschäftigen sich ausgiebig mit zwei Aspekten der derzeitigen Lage: der Weigerung der britischen Regierung, schon vor der Konferenz eine Verpflichtung einzugehen, sowie der Frage, wie die internationale Behörde aussehen wird.

Die *Times* schreibt:

„Keine der westlichen Regierungen kann mit dem Resultat des Austauschs zwischen Großbritannien und Frankreich zum Schuman-Plan zufrieden sein. Erstmals seit dem Krieg verfolgen Frankreich und seine Nachbarn auf dem Kontinent einen Plan zur Verwirklichung einer größeren europäischen Einheit, dem Großbritannien momentan zwar mit Bedauern, aber dennoch ganz bewusst fernbleibt.“

Die Regierung konnte den französischen Plan nicht ohne vorherige Prüfung akzeptieren, was auch die öffentliche Meinung hier im Land nicht von ihr erwarten konnte. So wie praktisch keine internationale Konferenz auf der Basis von Vorabverpflichtungen eröffnet werden könnte, kann auch keine britische Regierung einen Plan im Vorhinein akzeptieren, der einen Souveränitätsverzicht dahingehend verlangt, die nationalen Kohle- und Stahlreserven – die Stützen des Landes – der Machtbefugnis einer internationalen Behörde zu unterstellen.

Die eigentliche Frage müsste lauten: Warum konnten die sechs anderen Regierungen den Plan als Arbeitsgrundlage akzeptieren, ohne das Gefühl zu haben, eine falsche Verpflichtung einzugehen, während sich die britische Regierung erst einmal zurückhält? Die triftige Antwort auf diese Frage liegt in der Denkweise des Landes, in seiner engen Bindung an die Länder des Commonwealth, in der Struktur seines Exporthandels und in seiner geografischen Lage begründet. Obwohl das Land eine möglichst enge Bindung an seine Nachbarn auf dem Kontinent anstrebt, wird jede Regierung – ob Labour oder konservativ – eine solche Bindung zwangsläufig zuallererst als Zusammenschluss von Regierungen betrachten, die aus freien Stücken zusammenarbeiten und dabei auch eine Beschränkung ihres eigenen Handelns oder ihrer Strategien im Rahmen einer gemeinsam zu einem bestimmten Zweck ausgehandelten Vereinbarung akzeptieren. Genau dieser Geist beflügelte nicht nur die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), er ist auch für die derzeitige Ausweitung der militärischen und politischen Bestimmungen des Brüsseler Pakts und des Atlantikpakts verantwortlich. Diese Methode der „Integration“ hat gute Ergebnisse erzielt und kann letztendlich vielleicht auch als Grundlage für eine engere Bindung dienen; allerdings werden die meisten Menschen in diesem Land jeden Plan, der einen Verzicht auf Souveränität verlangt, mit großer Sicherheit argwöhnisch betrachten.“

Nach Aufzählung der Ursachen, die Großbritannien dazu veranlasst haben, nicht an den Gesprächen teilzunehmen, und der Feststellung, dass sich Frankreich an das Kommuniké gebunden fühlt, berichtet der *Manchester Guardian*:

„Die Wahl zwischen Großbritannien und dem Kommuniqué mag sich als richtig erweisen, dennoch ist es eine Wahl, die nie hätte anstehen sollen. Es gibt nur zwei mögliche Erklärungen. Entweder haben die Franzosen unseren vorhersehbaren Widerstand gegen die Unterzeichnung eines solchen Dokuments missverstanden – was womöglich beiden Parteien anzulasten wäre –, oder sie waren nur zu sehr dazu bereit, uns ins Unrecht zu setzen. Nur die scharfsichtigeren Föderalisten können nämlich das gegenwärtige Kommuniqué mit seinem Beharren auf dem supranationalen Wesen der vorgeschlagenen Hohen Behörde und der verbindlichen Natur ihrer Entscheidungen von jeglicher anderen Ankündigung unterscheiden, die klargemacht hätte, dass die europäischen Regierungen sich der Sache entschlossen annehmen. So, wie die Dinge gelaufen sind, könnte das Kommuniqué mehr zur Diskreditierung Großbritanniens beitragen, als dazu, größere Begeisterung für den Plan zu entfachen.

Bisher beruhte die gesamte positive Akzeptanz des Plans auf der Verdrängung eines äußerst wichtigen Punkts: des Wesens der unabhängigen Hohen Behörde und der Ausrichtung ihrer Arbeit. Dies war der erste Punkt, den die Zweifler kritisierten, woraufhin die westlichen Gewerkschaften als Absicherung eine gewerkschaftliche Vertretung verlangten und viele Sozialisten zudem forderten, die Behörde dürfe nicht zum Kartell werden, nicht, weil sie Produktionsbeschränkungen unbedingt als negativ ansahen, sondern weil unklar war, welche Gründe zu solchen Beschränkungen führen könnten. Nun beginnt die olympähnliche Unabhängigkeit der geplanten Behörde auch andere zu verwirren; es gibt Vorschläge, sie einer bestehenden Institution wie etwa dem Europarat oder der OEEC unterzuordnen. Sobald sich die Sechsmächtekonferenz dieser Frage annimmt, wird sie das „unmittelbare Ziel“ vielleicht in einer Weise abändern müssen, die es uns ermöglicht, beizutreten.

All unsere Einwände laufen auf Folgendes hinaus: Wir wollen abwarten, bis wir sehen, welche Art von Hoher Behörde eingesetzt wird, bevor wir uns ihrer Autorität tatsächlich oder auch nur dem Anschein nach unterwerfen. Dies bedeutet nicht, dass wir dem Plan für immer fern bleiben müssen.“

**Britische Botschaft, Presse- & Informationsdienst, Den Haag
5. Juni 1950**

Hintergrundvermerk Nr. 138

Der Schuman-Plan: die Sicht Großbritanniens

Die unterschiedlichen Ansätze der britischen und der französischen Regierung bezüglich der Einberufung einer Konferenz zu Verhandlungen über den Schuman-Plan sollten nicht als grundsätzlicher Widerstand der Briten gegen das Projekt gewertet werden.

Die positive Reaktion von Premierminister Attlee kurz nach der Verkündung des französischen Vorschlags ließ keinen Zweifel an der Bereitschaft der britischen Regierung aufkommen, das Projekt in allen Details zu prüfen und ihm die breitestmögliche Unterstützung zu gewähren. Während einer Ansprache im Parlament äußerte der Premierminister:

„Es ist die erklärte Politik der Westmächte, den Eintritt Deutschlands als freies Mitglied in die Gemeinschaft der europäischen Nationen zu unterstützen. Die französischen Vorschläge zielen darauf ab, diesen Prozess zu fördern, weshalb sie als sichtbarer Beitrag zur Lösung eines der größten europäischen Probleme gewertet werden müssen. Die Vorschläge haben zudem weit reichende Konsequenzen für die künftige ökonomische Struktur der Teilnehmerländer, ein Aspekt, der einer sorgfältigen Untersuchung durch die Regierung Seiner

Majestät sowie die anderen Regierungen bedarf. Die Regierung Seiner Majestät wird das Problem wohlwollend angehen, möchte jedoch von vornherein klarstellen, dass sie die französische Initiative zur Beendigung einer jahrhundertelangen Fehde mit Deutschland begrüßt, die Europa Einheit und Frieden bringen soll.“

Am 24. Mai erklärte der Regierungssprecher im britischen Oberhaus, Viscount Addison, erneut, dass „wir alle hoffen, dass ein praktikables, nützliches und auf Versöhnung beruhendes Projekt entstehen wird“.

Im Land herrschte, unabhängig von der politischen Neigung, vorwiegend die gleiche Meinung, und es wurde darauf gedrängt, alles zu unternehmen, um die Vorschläge in ein funktionsfähiges und funktionierendes Projekt zu verwandeln.

Bezeichnend für die inoffizielle Haltung war eine Rede des konservativen Abgeordneten Sir David Maxwell Fyfe am 27. Mai.

Dieser führte aus:

„Wir begrüßen diesen Plan, dennoch glaube ich, dass wir alle möglichst viel Informationen dazu erhalten möchten. Wir wollen wissen, ob er einen Zusammenschluss oder ein Kartell bedeutet: Wir wollen wissen, welche Machtbefugnisse die neue Behörde hat und wem gegenüber sie verantwortlich sein wird. Wir wissen, dass noch unendlich viel geschehen muss, glauben aber, dass dies gelingen kann und gelingen wird. Wir versuchen, die Wiedereingliederung Deutschlands in die westliche Zivilisation an den Realitäten von Stahl und Eisen und Kohle festzumachen.“

In der *Times* war bereits am Tag nach der Ankündigung der Vorschläge von Paris ein Leitartikel mit folgenden Anmerkungen erschienen:

„Es kann daher als gegeben angesehen werden, dass die Amerikaner die französischen Vorschläge generell unterstützen, obwohl die US-Regierung naturgemäß zu vielen Punkten weitere Informationen sucht. Trotz der intensiven internationalen Gespräche in den letzten Tagen haben die Franzosen ihre Vorschläge publik gemacht, ohne ihre westlichen Partner vorzuwarnen.“

Es sollte gleich gesagt werden, dass es keinen Grund gibt, warum Großbritannien diesen kühnen Beitrag zur Einheit Europas grundsätzlich nicht ebenso begrüßen sollte. In seiner berühmten Rede zur ‚westlichen Einheit‘ hatte Bevin im Januar 1948 auf die ungeheuren Möglichkeiten verwiesen, falls die Länder Europas nur zur wirtschaftlichen Kooperation und zur Entwicklung der Ressourcen in ihren Auslandsterritorien bereit wären. In den Vorschlägen Schumans mit ihrem besonderen Hinweis auf die Entwicklung Afrikas (den die Deutschen schnell aufgegriffen haben), steckt offenbar ein Widerhall von Bevins Worten.

Im September 1946 unterstrich Churchill in Zürich: ‚Der erste Schritt zur Wiederherstellung der europäischen Familie muss eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein; nur so kann Frankreich seine führende Rolle in Europa zurückgewinnen.‘ Nicht zum ersten Mal haben Churchills Ausführungen ins Ziel getroffen, lange nachdem sie als Irläufer abgetan worden waren.“

Und so schloss die *Times*:

„Die britische Regierung hat, urplötzlich mit diesem bedeutungsschweren Projekt konfrontiert, dieses pflichtgemäß und gewissenhaft zu untersuchen, und zwar nicht nur im praktischen Interesse des eigenen Landes, sondern auch im Interesse der hoch gesteckten Ziele, denen sie sich zusammen mit ihren Partnerländern verpflichtet hat.“

Es ist anzumerken, dass Großbritannien den Schwerpunkt der Vorschläge, vor allem unmittelbar nach deren Verkündung, allgemein bei der französisch-deutschen Kooperation sah. Es ist auch daran zu erinnern, dass Schumans vorbereitete Erklärung vom 9. Mai drei Punkte von besonderem Interesse aufwies:

a. Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen.

Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten. Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen steht.

b. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation.

c. Die der gemeinsamen Hohen Behörde übertragene Aufgabe wird sein, in kürzester Frist sicherzustellen: die Modernisierung der Produktion und die Verbesserung der Qualität, die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem französischen und deutschen Markt sowie auf dem aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen, die Entwicklung der gemeinsamen Ausfuhr nach den anderen Ländern, den Ausgleich im Fortschritt der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft dieser Industrien.

Großbritannien schlug daraufhin ein deutsch-französisches Gutachten zu den erwarteten Auswirkungen vor. Auf Vorschlag der Regierung sollte Großbritannien gemeinsam mit anderen Ländern aktiv an den Gesprächen teilnehmen, ohne sich jedoch definitiv auf einen Beitritt festzulegen, solange die Untersuchung kein klareres Bild von den Auswirkungen auf die europäische und die britische Position aufzeigen würde. Diese Mitteilung an die französische Regierung überkreuzte sich mit einem Memorandum der Franzosen, das Großbritannien, Westdeutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg zur Unterzeichnung einer Erklärung aufforderte, die den Grundsatz einer gemeinsamen Hohen Behörde befürwortete. Diese Behörde hätte, so heißt es, die Macht, Kohle und Stahl in den genannten Territorien zu kontrollieren und für die Mitgliedsregierungen verbindliche Entscheidungen zu treffen.

Die britische Regierung erachtete es als unmöglich, dieser Aufforderung zu folgen, die sie von vornherein auf das Projekt verpflichtet hätte, ohne eine klarere Vorstellung von seiner praktischen Umsetzung zu haben als gegenwärtig möglich.

Briten und Franzosen versuchen nun, auf diplomatischer Ebene eine Formel zu erarbeiten, die alle Beteiligten zufrieden stellt.

Die Ausgabe des *Daily Telegraph* vom 2. Juni resümiert die Lage folgendermaßen:

„Bedauerlicherweise sind die Vorbereitungen auf eine internationale Konferenz zum Schuman-Plan durch einen Verfahrensstreit zwischen Paris und London überschattet. Frankreich möchte, dass sich alle Mächte als Vorbedingung für eine Konferenzteilnahme zu einem Beitritt zu dem Plan verpflichten, was

Großbritannien ablehnt. Die Gründe für die Forderung der Franzosen werden hier durchaus verstanden. Frankreich geht davon aus, dass der reibungslose Start, den eine solche Verpflichtung bedeuten würde, eine Erfolgsgarantie wäre. Da der Zweck die Mittel heiligt, interpretiert Frankreich den britischen Widerstand als mangelnden Enthusiasmus. Die Franzosen halten eine solche Verpflichtung nicht für rechtlich bindend, da der endgültige Beitritt letztlich erst nach einer Ratifizierung durch das Parlament verbindlich würde. Sie wäre nicht mehr als ein Zeichen von Aufrichtigkeit und gutem Willen.

Was Frankreich unberücksichtigt lässt, ist die britische Verfassungspraxis, nach der eine international eingegangene Verpflichtung durch die Regierung wenn nicht als rechtlich, so doch als moralisch bindend angesehen wird, und dass in unserem Land, anders als etwa in Amerika, eine Zurückweisung durch das Parlament bisher noch niemals vorgekommen ist.

Es ist wahr, dass die britische Regierung es in letzter Zeit verstanden hat, den Eindruck zu erwecken, sie würde Fragen der internationalen Zusammenarbeit verschleppen. Dies ist ein Umstand, der bei den Franzosen einen ganz natürlichen Verdacht hervorruft. Im vorliegenden Fall ist ein solcher Verdacht, sofern er existiert, jedoch gänzlich unbegründet. Die Regierung verfolgt genau die Linie, die jede britische Regierung, gleich welcher politischen Couleur, unweigerlich verfolgen würde. Es gibt viele echte Fragen zur praktischen Umsetzung des Plans, die die Konferenz beantworten soll und die beantwortet werden müssen, bevor eine Verpflichtung eingegangen werden kann. Ohne diese Antworten muss eine Vorabverpflichtung die Gespräche fast unweigerlich beeinflussen. Es ist vorstellbar, wenn auch, so ist zu hoffen, unwahrscheinlich, dass die Antworten so ausfallen könnten, dass Großbritannien nur Vorgaben akzeptieren könnte, die sich stark von den von Schuman derzeit vorgelegten Bedingungen unterscheiden. Besser ein guter Plan, der Großbritannien ausschließt, als ein schlechter Plan, der es mit einschließt.

Damit soll jedoch nicht auch nur einen Moment lang angedeutet werden, dass Großbritannien nicht ebenso sehr wie Frankreich hofft, dass der Plan Erfolg hat, und zwar vorzugsweise unter britischer Beteiligung.

Als Mitglied der existierenden Ruhrbehörde hat das Land zwangsläufig ein unmittelbares Interesse an Wesen und Umfang der Behörde, die die Ruhrbehörde ablösen soll. Darüber hinaus ist in der wichtigen Frage über die Art der Behörde die derzeitige Definition der Franzosen, sie solle weder eine Staats- noch eine Privatbehörde sein, nicht gerade beruhigend.

In diesem Verfahrenswirrwarr muss irgendwie ein Kompromiss gefunden werden. Aus französischer Sicht liegt eines der Probleme darin, dass alle anderen eingeladenen Mächte die von Großbritannien zurückgewiesene Verpflichtung bereits akzeptiert haben. Dies macht eine Änderung ohne Zweifel schwieriger; zudem gibt es offenkundige Einwände dagegen, dass Großbritannien zu anderen Bedingungen an der Konferenz teilnimmt als die anderen Mächte.

Nicht ganz unerheblich ist auch, dass Großbritannien im letzten Jahr genau so viel Steinkohle und zwei Drittel so viel Stahl produziert hat wie allen anderen angehenden Teilnehmerländer zusammen. Einem Land wie Italien, das keine Kohle fördert und dessen Stahlproduktion nicht mehr als zwei Millionen Tonnen beträgt, fällt es wesentlich leichter als Großbritannien mit seiner Kohleförderung von 202 Millionen Tonnen und seiner Stahlproduktion von 16 Millionen Tonnen, eine solche Verpflichtung einzugehen.

Dennoch ist der Schuman-Plan für die Zukunft Westeuropas von solch gewichtiger Bedeutung, dass er nicht von vornherein mit Nichtigkeiten belastet werden darf.“

Der *Manchester Guardian*, der am 2. Juni das gleiche Thema aufgreift, verdeutlicht, dass die Verantwortung für die unglückliche Episode wohl zu gleichen Teilen bei Frankreich und bei Großbritannien liegt:

„Gestern unternahm das Außenministerium den einzig möglichen Schritt zur Überwindung der festgefahrenen Lage hinsichtlich des Schuman-Plans. Nachdem Italien, Westdeutschland, Belgien und die Niederlande alle dem Wunsch der Franzosen nach einer ‚Grundsatzerklärung‘ nachgekommen sind, schlägt das Ministerium vor, die britische Position in einer separaten, weniger umfassenden Erklärung darzulegen. Diese weist auf zwei Dinge hin: die Tatsache, dass beim Umfang und der Effizienz unserer Schwerindustrien und der dort herrschenden relativ guten Arbeitsbedingungen bei der Erörterung des Plans für uns verhältnismäßig mehr auf dem Spiel steht, und die Tatsache, dass wir solche Vorabverpflichtungen besonders ernst nehmen. Es steht zu hoffen, dass diese beiden Punkte, die mehr sind als reine Verzögerungstaktik, allgemein anerkannt werden.

Leider kann es sein, dass dem nicht so ist. Es ist äußerst bedauerlich, dass eine solch wichtige Angelegenheit wie die erste internationale Debatte über den Plan zur Plattform für die öffentliche Darstellung der unterschiedlichen Ansätze geworden ist. Wahrscheinlich liegt die Schuld auf beiden Seiten, da die sich überkreuzenden Mitteilungen einen klassischen Fehlstart auslösten. Außerdem machte die britische Regierung keine gute Figur, solange sie die in dem französischen Gesuch genannten Bedingungen wie auch die Art ihrer Einwände offen ließ. Vielleicht haben die Franzosen auch unsere Haltung aufgrund von Monnets Sondierungsgesprächen hier falsch eingeschätzt. Jedenfalls besteht nun kein Zweifel mehr daran, dass es uns unmöglich war, die Erklärung abzugeben, die die Franzosen von uns verlangten.

Sie hätte uns öffentlich dazu verpflichtet, dem Plan beizutreten, das heißt unsere Kohle- und Stahlindustrie einer internationalen Behörde zu unterstellen, deren Entscheidungen verbindlich gewesen wären, obwohl noch ungewiss ist, wie diese Behörde aussehen soll. Andere Länder haben dies wohl mit Vorbehalten im Hinterkopf akzeptiert, was man auch von uns erwartete; eine solche Täuschung wäre unmöglich gewesen, und sei es nur aufgrund der Tatsache, dass wir unter strenger Beobachtung stehen.

Es gab gute Argumente für eine öffentliche Erklärung, zumal eine, die die britische Unterstützung demonstriert hätte. Da der vorgeschlagene Text jedoch dermaßen weit ging, war seine einzige Wirkung, die Bedenken der Briten aufzuzeigen (und zwar als gravierender, als sie wirklich sind) und die kommenden Verhandlungen durch unnötige Unsicherheiten zu belasten. Dennoch wäre trotz des anfänglichen Fehlers ein Großteil der Wortgefechte und Irritationen vermeidbar gewesen, wenn die französische Regierung die Briten ins Vertrauen gezogen hätte.

Es ist leicht zu verstehen, dass die ursprüngliche Ankündigung des Plans als Überraschung geplant war; schwerer einzusehen ist, warum uns die Einladung und die beabsichtigte Erklärung einfach vorgesetzt wurden, vor allem wenn (allem Anschein nach) die Möglichkeit gefunden wurde, sie mit Dr. Adenauer zu besprechen. Es sieht ganz so aus, als hätte die französische Regierung versucht, beides unter einen Hut zu bringen: keinen angemessenen Raum für die leicht vorhersehbare Haltung der Briten einzuräumen, gleichzeitig jedoch die Notwendigkeit einer umfassenden britischen Kooperation zu unterstreichen.

Ein weiterer Fehler lag, wie sich gezeigt hat, darin, den ganzen Vorgang zu sehr öffentlich zu machen. Es ist zweifelsohne notwendig, die abschließende Grundsatzerklärung umfassend in der Öffentlichkeit zu zelebrieren, ganz so wie ein feierliches Ereignis wie etwa die königliche Geburtstagsparade. Bei den Vorabschritten ist ein solches Vorgehen jedoch wenig angebracht.

Die Welt sieht nun lediglich, wer ausgeschert ist, und fragt sich, ob das Ziel unter diesen Umständen überhaupt erreichbar ist.

Falls Großbritannien komme, was da wolle, zur Nichtkooperation entschlossen wäre, täte dies nicht viel zur Sache. Tatsächlich bestand jedoch von Anfang an eine gute Chance zu einer Kooperation der Briten; wesentlich dafür ist jedoch, dass sie voll an den Gesprächen teilnehmen. Es geht nicht nur darum, dass wir Briten ein Opfer bringen sollen, um einen beeindruckenden Einstieg zu ermöglichen, es geht darum, dass der Erfolg des gesamten Projekts riskiert wurde und man sich fragt: War es das wert? Effektive Verhandlungen können sich einen schleppenden Start durchaus erlauben. Weiteren Streit dagegen können wir uns nicht leisten.“